



Merkblatt AFU 190

Verbrennen von Abfällen in dafür nicht geeigneten Anlagen

Strafverfahren

1. Das Problem

Das Verbrennen von Abfällen in dafür nicht geeigneten Anlagen (Cheminées, Holz- oder Kachelöfen usw.) ist insbesondere deswegen verboten, weil bei dieser Entsorgungsweise **giftige Rauchgase entstehen**. Je nach Art des Abfalls und der Verbrennungsbedingungen sind im Abgas neben Kohlenmonoxid, Stickoxid, Schwefeldioxid auch gefährliche Substanzen wie Salzsäuregas, Formaldehyd, Schwermetalle sowie Dioxine und Furane zu finden.

Im Unterschied zu den gereinigten Abgasen aus den KVA-Hochkaminen werden die Abgase bei der illegalen Abfallverbrennung ungefiltert und in Bodennähe freigesetzt; sie belasten deshalb unsere Atemluft sowie die nächste Umgebung wesentlich stärker. Dioxine, die beim Abfallverbrennen im Freien entstehen, lagern sich u.a. auf den Pflanzen in der Umgebung ab. Besonders betroffen sind dabei Blattgemüse: ihre ausladenden Blätter fangen diese Schadstoffe geradezu ein. Mit der Nahrung gelangt das Gift anschliessend in den Körper von Mensch und (Nutz-)Tier.

Ein Kilo Abfall, das illegal verbrannt wird, belastet die Umwelt gleich stark mit Schadstoffen wie zehn Tonnen Kehrlicht, die in einer modernen Kehrlichtverbrennungsanlage verbrannt werden.

2. Gesetzliche Grundlagen

2.1. Strafbestimmungen

Art. 61 Abs. 1 Bst. a des Umweltschutzgesetzes (SR 814.01; USG):	Mit Busse wird bestraft, wer vorsätzlich aufgrund dieses Gesetzes erlassene Emissionsbegrenzungen verletzt (Art. 12).
--	---

Art. 61 Abs. 2 USG	Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse.
--------------------	--

2.2. Weitere einschlägige Bestimmungen

Art. 7 Abs. 6 USG	Abfälle sind bewegliche Sachen, deren sich der Inhaber entledigt oder deren Entsorgung im öffentlichen Interesse geboten ist.
-------------------	---

Art. 26a der Luftreinhalte-Verordnung (SR 814.318.142.1; LRV)	Werden Abfälle verbrannt oder thermisch zersetzt, so darf dies nur in Anlagen nach Anh. 2 Ziff. 7 LRV erfolgen (Abs. 1). Ausgenommen davon sind die Verbrennung von Abfällen nach Anh. 2 Ziff. 11 LRV sowie trockene natürliche Wald-, Feld- und Gartenabfälle. Diese dürfen im Freien verbrannt werden, wenn nur wenig Rauch entsteht (Abs. 2).
---	--

Anh. 2 Ziff. 7 LRV enthält Bestimmungen für folgende Anlagen:	Anlagen zum Verbrennen von Siedlungs- und Sonderabfällen Anlagen zum Verbrennen von Altholz, Papier- und ähnlichen Abfällen Anlagen zum Verbrennen von Sulfit-Ablauge aus der Zellstoffherstellung
---	--

Amt für Umwelt

3. Weitere Hinweise

3.1. nicht geeignete Anlagen

Verboten ist die Abfallverbrennung in Holz- oder Kachelöfen, Cheminées und sonstigen Kleinanlagen, aber auch in industriellen Holzfeuerungen und sonstigen Grossfeuerungen, die nicht zur Verbrennung von Abfällen bestimmt sind.

3.2. "Natürliches" Holz

Häufig stellt sich die Frage, welches Holz als "natürlich" gilt. In Anh. 5 Ziff. 3 LRV ist festgehalten, dass nur naturbelassenes Holz wie Reisig, Äste, Stämme oder Schwemmholz aus Gewässern als Holzbrennstoff gilt. Holz, das mit Nägeln oder Leim zusammengefügt wurde, gilt nicht als natürlich (z.B. Altholz aus Gebäudeabbrüchen (Balken, Täfer, Fenster usw.), Möbel und auch Schaltafeln). Behandeltes Holz fällt somit nicht unter die Ausnahmebestimmung von Art. 26a Abs. 2 LRV. Vielmehr ist es gemäss Absatz 1 dieser Bestimmung in geeigneten Anlagen nach Anh. 2 Ziff. 7 LRV zu verbrennen.

3.3. Ascheprobe

Ob Abfall verbrannt worden ist, sieht man der Asche an:



Bei der zulässigen Verbrennung von naturbelassenem Holz verbleibt eine feine, hellgraue, homogene Asche zurück. Die einzigen Fremdkörper in dieser Asche sind Kohleteilchen.



Das Mitverbrennen von Hausabfall hinterlässt in der schlecht ausgebrannten Asche Metallteile, Alufolie, "Kunststoffspuren" etc. Auch an den Ofen- und Kaminwänden sind entsprechende Spuren sichtbar: starke Verrussung, Steinfrass / Korrosionsschäden und angeschmolzene Kunststoffgeräte.

Falls bestritten wird, dass Abfälle verbrannt werden, muss eine Beweissicherung vorgenommen werden. Dabei wird empfohlen, die Asche in zwei Probebehälter abzufüllen (z.B. in ein Konfiglas). Eine Probe dient dabei als Rückstellprobe, falls ein Beklagter später das Resultat der Auswertung anzweifelt. Für eine erste Auswertung gibt es einen so genannten EMPA-Asche-Schnelltest. Dieser Schnelltest wird durch den Untersuchungsrichter veranlasst und kostet ungefähr 120 Franken.

Amt für Umwelt

3.4. Einziehung der (eingesparten) Entsorgungskosten

In der Regel werden durch das Verbrennen von Abfällen die Entsorgungskosten eingespart. Falls dies im konkreten Fall zutrifft, sind die eingesparten Kosten einzuziehen. Um diese Kosten bestimmen zu können, ist die Art und Menge des verbrannten Abfalls abzuklären.

Gesetzliche Grundlage für die Einziehung

Nach Art. 70 Abs. 1 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (SR 311.0; abgekürzt StGB) verfügt der Richter die Einziehung von Vermögenswerten, die durch eine strafbare Handlung erlangt worden sind. Die Einziehung ist auch bei Übertretungen möglich (vgl. Art. 104 StGB).

4. Faustregel

Wenn Sie dunklen Rauch feststellen, können Sie mit grosser Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass eine illegale Abfallverbrennung stattfindet.

5. Vollzugshilfen / Auskünfte

Im Vollzugshilfsmittel Umweltschutz (www.vhm.umwelt.sg.ch → Umweltbereiche → Luftreinhaltung → Feuerungen sowie → Klagen über Luftverunreinigungen) sind verschiedene Hilfsmittel zu finden.

Bei rechtlichen Fragen zu diesem Thema ist der Rechtsdienst des AFU (Tel. 058 229 42 42) zu konsultieren. Bei fachtechnischen Fragen ist an die Abteilung Industrie und Gewerbe, Sektion Luftqualität (Tel. 058 229 31 03) zu gelangen.